

Alexandra Endres

Kolumbien: Von der Guerilla zur Partei?

Es ist eine Nachricht, die Hoffnung macht: Im September soll aus der kolumbianischen Farc, Lateinamerikas größter und ältester Guerilla, eine politische Partei hervorgehen. Das verkündete ihre Führung just an jenem Tag Ende Juli, an dem die Vereinten Nationen mit dem Abtransport ihres Kriegsgeräts begannen. Insgesamt 7132 Waffen – Gewehre, Maschinengewehre und Granatwerfer – hatten die ehemaligen Kämpfer zuvor in den Entwaffnungszonen übergeben.

Die Guerilleros gehen in die Politik, ihre Waffen sollen eingeschmolzen und zu Friedensdenkmälern werden – der bewaffnete Konflikt in Kolumbien¹ soll damit endlich vorbei sein. Mehr als 50 Jahre dauerte dieser Bürgerkrieg; in ihm starben über 220 000 Menschen, 25 000 verschwanden, mehr als sieben Millionen wurden innerhalb des Landes vertrieben, weitere 311 000 flohen ins Ausland.

Die Zahlen zeigen das Ausmaß der Gewalt. Und sie lassen ahnen: Selbst wenn nun mehr als 7000 Waffen vernichtet werden, so sind zahlreiche andere noch im Umlauf, völlig unkontrolliert von staatlicher Autorität. Das Ende der Farc als kriegerische Organisation bedeutet deshalb nicht automatisch das Ende der Gewalt. Ganz im Gegenteil: In großen Teilen Kolumbiens sei der Konflikt „so lebendig wie je zuvor“, urteilt Amnesty International.² Schätzungsweise zwischen fünf und zehn Prozent der Farc-Kämpfer hätten

die Waffen nicht abgegeben, schreibt die Politikwissenschaftlerin Ana Isabel Rodríguez Iglesias. Sie seien nun in neuen illegalen Banden aktiv.³

Und während immerhin die Mehrheit der Farc den Weg ins zivile Leben sucht, nutzen weitere bewaffnete Gruppen ihre Chance, das durch den Abzug der Guerilla entstandene Machtvakuum zu füllen. Das geschieht vor allem in Regionen, in denen die Staatsmacht weit entfernt ist, die in der illegalen Wirtschaft möglichen Profite aber hoch, und wo die lokalen Gemeinden der gewaltsamen Invasion wenig bis nichts entgegensetzen können. Die Bewaffneten vertreiben Menschen, schüchtern Nachbarn ein und morden.

Selbst die Vereinten Nationen sind vor deren Attacken nicht sicher. Am 6. August geriet eine Gruppe aus UN-Beobachtern, kolumbianischen Polizisten und demobilisierten Farc-Guerilleros in Caloto, Department Cauca, in einen Hinterhalt, als sie Waffen abtransportierten. Die Polizisten schlugen den Angriff zurück, einer von ihnen wurde verletzt.⁴ Wer hinter der Attacke steckt, ist unklar. Laut kolumbianischen Medien sollen Augenzeugen Abzeichen der ELN erkannt haben. Doch die Guerilla wies die Anschuldigungen per Twitter zurück.⁵

Auch wenn der Vorfall glimpflich ausging, zeigt er doch, wie angespannt die Lage ist und wie zerbrechlich der Friede. Zwar verhandeln mittlerweile auch die Anführer der ELN-Guerilla

1 Vor Kurzem erschien das Buch der Autorin „Wer singt, erzählt – Wer tanzt, überlebt. Eine Reise durch Kolumbien“ im DuMont Reiseverlag, Ostfildern 2017.

2 Amnesty International, Colombia: Spike in attacks against peace community shows conflict still alive, www.amnesty.org, 21.3.2017.

3 Ana Isabel Rodríguez Iglesias, Colombian Peace Process: Difficulties Ahead, <https://aulablog.net>, 7.8.2017.

4 Vgl. <http://colombia.unmissions.org>, 6.8.2017.

5 Vgl. den offiziellen Account der ELN-Verhandlungsdelegation @ELN_Paz.

mit der Regierung, aber einer Waffenruhe haben sie noch nicht zugestimmt. Zugleich dehnen paramilitärische Banden ihren Einflussbereich bis in die Randbezirke der Hauptstadt aus, wie das Online-Portal „¡Pacifista!“ glaubhaft berichtet.⁶ Zudem tauchen bislang unbekannte Gruppen auf, wie jene, die im Juni einen Bombenanschlag auf ein Einkaufszentrum in Bogotá verübte.

Und als ob all das nicht schon genug Unsicherheit erzeugen würde, steigt die Koka- und Kokainproduktion.⁷ Dabei wäre es für den Frieden unabdingbar, den Bauern eine wirtschaftliche Alternative zum Koka-Anbau zu bieten. Doch lokalen Helfern zufolge kommen die versprochenen Investitionen auf dem Land nicht voran. Dabei wüssten die Bauern genau, was sie brauchen: Straßen, um ihre Produkte auf den Markt zu bringen, und technische Beratung, damit die Umstellung auf neue Feldfrüchte gelingt. Doch die Experten der Regierung interessierten sich nicht für die Konzepte der lokalen Initiativen, sagen die Helfer. Die Regierung gebe einfach nur Geld und glaube, damit sei es getan – im besten Fall.

Gelingt die freiwillige Umstellung auf legale Landwirtschaft nicht, werden Koka-Felder auch gewaltsam zerstört. Bis zum Ende des Jahres wolle die Regierung 100 000 Hektar an Koka-Pflanzen ausmerzen, schreibt die Journalistin Mimi Yagoub: die Hälfte davon im Rahmen freiwilliger Substitutionsprogramme, die andere Hälfte mit Gewalt.⁸ Doch dieses „scheinbar widersprüchliche“ Vorgehen der Behörden rufe unter der Landbevölkerung Verwirrung hervor und sogar gewaltsame Proteste. Wenn die Regierung noch mehr Druck auf die Koka-Bauern aus-

übe – was die USA als wichtiger Verbündeter unverblümt fordern –, riskiere sie noch mehr Gewalt. Sie laufe Gefahr, „ihre Versprechen gegenüber den demobilisierten Rebellen und den Koka-Bauern zu unterminieren“, und bedrohe so die „Umsetzbarkeit des historischen Friedensvertrags“.

Morde an lokalen Aktivisten

Unterdessen wächst die Zahl ermordeter *líderes sociales*, sozialer Führungspersönlichkeiten. Dem Online-Portal „¡Pacifista!“ zufolge wurden mehr als 40 *líderes* umgebracht, seit Regierung und Farc im vergangenen Dezember begannen, den Friedensvertrag in die Tat umzusetzen.⁹ Unter ihnen sind Gewerkschafter und Frauenrechtlerinnen, Bauernführer, afrokolumbianische Sprecher von Opferorganisationen und indigene Gemeinschaftsräte; Menschen, die sich für die Rückgabe geraubten Landes einsetzen, gegen den Drogenhandel und illegalen Bergbau oder für ein friedliches Miteinander in ihrer Nachbarschaft. Damit trifft die Gewalt in vielen Fällen genau jene, die sich dafür engagieren, dass der Friedensprozess für alle Kolumbianer eine bessere Zukunft bedeutet. Sie leben überall dort besonders gefährlich, wo illegale bewaffnete Gruppen an die Macht streben – Paramilitärs, Guerillagruppen oder Mafiabanden.

Die Morde wecken Erinnerungen an die 1980er Jahre, als aus verschiedenen Guerillaorganisationen und der Kommunistischen Partei die Unión Patriótica (UP) entstand. Etablierte politische Akteure verbündeten sich damals mit rechten Paramilitärs, Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte und der Drogenmafia – und sie machten der neuen linken Partei buchstäblich den Garau. Innerhalb weniger Jahre wurden Tausende UP-Mitglie-

6 Se está llenando el sur de Bogotá de Paramilitares? www.pacifista.co, 31.5.2017.

7 Vgl. die Zahlen aus dem Jahresbericht der Vereinten Nationen vom 14.7.2017, www.unodc.org/colombia.

8 Mimi Yagoub, US Warns Differences on FARC Peace Could Cause Relationship „Problems“ with Colombia, www.insightcrime.org, 4.8.2017.

9 Mario Zamudio Palma, Estos son los 41 líderes sociales asesinados desde el inicio de la implementación, www.pacifista.co, 27.2.2017.

der ermordet, unter ihnen Parlamentarier, Bürgermeister, Gemeinderäte und zwei Präsidentschaftskandidaten. Die UP verschwand in der politischen Bedeutungslosigkeit. Erst 2013 wurde sie wieder zu Wahlen zugelassen.

Der Politikwissenschaftler Eduardo Álvarez von der Stiftung Ideas para la Paz (FiP) in Bogotá registriert schon seit Beginn der Friedensgespräche zwischen Regierung und Farc im Jahr 2012 eine steigende Zahl von Aggressionen gegen Aktivisten: Morde, Drohungen, Mordversuche oder das sogenannte gewaltsame Verschwindenlassen.

Doch wer hinter den Morden steckt, lässt sich oft nicht herausfinden: die ELN, Dissidenten der Farc, Drogenschmuggler, Paramilitärs? Alles ist denkbar. Eduardo Álvarez unterscheidet vier Tatmotive: Die Morde könnten sich gezielt gegen jene richten, „die Koka und Marihuana durch legale Pflanzen ersetzen wollen“. Sie könnten Racheakte sein „gegen soziale Aktivisten, die von manchen als Farc-Unterstützer angesehen werden“. Aber auch gewöhnliche Kriminalität „oder der Kampf zwischen bewaffneten Gruppen ums illegale Geschäft“ kommen als Motiv in Frage.

Der Staat als Zuschauer

Eine Region, in der dieses illegale Geschäft besonders einträglich scheint, ist der Chocó: ein schwer zugängliches Department an der Pazifikküste, dicht bewaldet und voller Bodenschätze. Schon im Bürgerkrieg kämpften Guerilla und Paramilitärs um die dortigen Reichtümer, und dabei massakrierten oder vertrieben sie die Bevölkerung. Schon damals klagte die katholische Diözese von Quibdó, der Hauptstadt des Chocó, die Komplizenschaft zwischen staatlichen Akteuren und Paramilitärs an. Heute sagen Geistliche: Viel hat sich nicht geändert.

Im Chocó war die Hoffnung auf den Friedensprozess besonders groß; im

vergangenen Jahr stimmte hier eine überwältigende Mehrheit für den Vertrag zwischen Farc und Regierung. Doch mittlerweile scheint das Vertrauen in den Frieden zu schwinden. Kirchen und soziale Organisationen kritisieren, dass die Behörden nichts unternehmen, um das Leben und die Sicherheit der *Chocoanos* zu schützen.

Eduardo Álvarez beobachtet nun schon seit nahezu zwei Jahren, wie im Chocó die ELN-Guerilla und die Paramilitärs der „Autodefensas Gaitanistas de Colombia“ um die Kontrolle der illegalen Goldgruben, Kokapflanzungen, Kokainküchen und Transportwege kämpfen – also um viel Geld. Der Staat, schreiben er und seine Kollegen in einem Papier über die in manchen Regionen erneut aufkeimende Gewalt, scheinbar nur „ein weiterer Zuschauer“ im Machtkampf zu sein. Die Umwelt werde zerstört, der illegale Bergbau mache die Menschen krank: „Das wirft ernsthafte Fragen auf, was die tatsächliche Bedeutung des Friedensprozesses in dieser Gegend betrifft.“¹⁰

Das ist noch diplomatisch formuliert. Die Wissenschaftler könnten auch schreiben: Wenn das der Frieden sein soll, so haben die Leute im Chocó nichts davon. Für sie macht es keinen Unterschied, ob sie unter der Fuchtel der Farc oder anderer bewaffneter Gruppen stehen.

Dabei sollte es zumindest die Paramilitärs schon lange gar nicht mehr geben. Im Jahr 2003 vereinbarten ihre Anführer und die Regierung des damaligen Präsidenten Álvaro Uribe – eines rechten Hardliners und vehementen Kritikers des Friedensprozesses mit der Farc – die vollständige Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen. Etwa 14 000 Kämpfer legten daraufhin die Waffen nieder – doch trotzdem bestehen viele der paramili-

¹⁰ Eduardo Álvarez Vanegas, Andrés Cajiao Vélez und Irina Cuesta Astroz, Siete regiones sin la presencia de las FARC, ¿Siete problemas más? März 2017, <http://cdn.ideaspaz.org>.

tärischen Verbände bis heute weiter, wenn auch unter neuem Namen.¹¹

Ihr Beispiel zeigt, wie schwierig es ist, Kämpfer ins zivile Leben zu integrieren, die jahrzehntlang nichts anderes kannten als Gewalt. Ob den Farc-Guerilleros die Rückkehr in die Gesellschaft nun besser gelingt? Viele von ihnen kommen aus armen, ländlichen Familien, sie haben kaum eine vernünftige Schule besucht. Oft schlossen sie sich schon als Jugendliche der Guerilla an – oder sie wurden zwangsweise rekrutiert. Manche sind traumatisiert. Und sie tragen ein Stigma: Die Bevölkerung will mit den ehemaligen Kämpfern oft nichts zu tun haben.

„Um wirklich mit seiner Vergangenheit zu brechen, muss Kolumbien einen klugen Weg finden, die Farc-Kombattanten in die Gesellschaft zu reintegrieren“, schreiben die Konfliktforscher Oliver Kaplan und Enzo Nussio.¹² Die staatliche Reintegrationsbehörde ARN will die Kämpfer dabei unterstützen, etwa indem sie ihnen psychologische und medizinische Betreuung, Schul- und Ausbildungsplätze vermittelt. Mehr als 50 000 Demobilisierte haben das ARN-Programm bisher durchlaufen: ehemalige Paramilitärs ebenso wie frühere Farc-Mitglieder, die noch während des Kriegs aus den Reihen der Guerilla flohen. Sprechern der Behörde zufolge ist etwa drei Vierteln von ihnen die Rückkehr ins zivile Leben gelungen.

Zentral ist dabei vor allem, eine individuelle Perspektive für die Demobilisierten zu schaffen, so Nussio und Kaplan, ebenso wie Bildung, insbesondere in den ländlichen Gegenden, die bislang vom Staat vernachlässigt wurden.¹³ Auch stabile und enge Familien-

verhältnisse – eigene Kinder vor allem – könnten die ehemaligen Kämpfer davor bewahren, wieder in die Illegalität zu rutschen. Daneben gelte es aber auch, die Dorfgemeinschaften und Opfer des Konflikts zu unterstützen, beispielsweise durch Entwicklungshilfe und Ressourcen für soziale Organisationen – denn starke Gemeinschaften sind die Grundlage für eine gelungene Integration.

Es wäre auch aus anderen Gründen klug, nicht nur den Ex-Guerilleros zu helfen, sondern der ganzen Gemeinschaft, in der sie leben. Denn nicht alle Kolumbianer sind glücklich darüber, dass ausgerechnet die ehemaligen Täter – anders als ihre Opfer – so viel Unterstützung erhalten. Viele fordern, ganz im Gegenteil, härtere Strafen. Das Gefühl, mit der Guerilla werde viel zu weich umgegangen, während die anderen zu wenig vom Frieden spürten, erklärt zumindest teilweise, warum zuletzt so wenige Kolumbianer den Prozess befürworteten. Würde die Regierung ganze Gemeinden unterstützen und die sozialen Organisationen stärken, könnte das die Vorbehalte womöglich teilweise zerstreuen.

Derzeit jedoch ist die Skepsis gegenüber der Regierung und ihrem Friedensprozess noch groß. Jüngsten Umfragen zufolge sind zwei Drittel der Bürger mit der Amtsführung von Präsident Juan Manuel Santos nicht einverstanden, und knapp 46 Prozent sehen den Friedensprozess eher pessimistisch. Immerhin: Seit die Farc ihre Waffen abgegeben hat, scheint der Optimismus in der Bevölkerung wieder etwas zu wachsen.

Die politischen Unwägbarkeiten aber werden in naher Zukunft eher größer werden. Denn im kommenden Jahr wählt Kolumbien einen neuen Präsidenten. Und es könnte gut sein, dass dann ein Gegner des Friedensprozesses gewinnt.

11 Die kolumbianische Regierung besteht darauf, dass diese Gruppen keine Paramilitärs seien, sondern rein kriminelle Banden ohne politischen Hintergrund. Die Grenzen zwischen beiden sind aber zumindest fließend.

12 Oliver Kaplan und Enzo Nussio, How to Keep the FARC Guerrillas Out of the Fight, in: „New York Times“, 3.8. 2017.

13 Dies., Explaining Recidivism of Ex-Comba-

tants in Colombia, in: „Journal of Conflict Resolution“, 2016.